

Nationale Volksbewegung, bürgerliche Interessenpartei, gesellschaftliche Reformkraft. Der Liberalismus am Rhein

Im Herbst 1817 besuchte der preußische König Friedrich Wilhelm III. seine neuen Provinzen am Rhein. Das Rheinland war im Wiener Kongress 1815 Preußen zugesprochen worden. Auf beiden Seiten hielt sich die Begeisterung darüber in recht engen Grenzen. Aber man war doch bereit, es miteinander zu versuchen – also beschnupperte man sich gegenseitig. Anlässlich des königlichen Besuchs übergab die Stadt Trier eine Bittschrift. Deren Inhalt wurde dann von einer Denkschrift aufgegriffen, die der Kölner Stadtrat dem Monarchen zuleitete. Später folgten auch noch Koblenz und Kleve. Der Inhalt all dieser Adressen stimmte weitgehend überein. Die Städte erbaten darin „unbeschränkte Freyheit in Ausübung des Handels und der Gewerbe, Entfernung des Feudalsystems, gleiche Vertheilung der Staats- und öffentlichen Lasten [also die Beseitigung der Privilegien des Adels], Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze und dem Richter, Trennung der Gewalten, Unabhängigkeit [!] des Richteramtes, Öffentlichkeit des gerichtlichen Verfahrens, Urtheil durch das Geschworen-Gericht in den Criminal-Prozessen“ und schließlich eine „dem Zeitgeiste gemäße ständische Verfassung“.¹

Diese Adressen an den preußischen König 1817 gelten mit einigem Recht als Geburtsurkunden des rheinischen Liberalismus. Die meisten darin aufgelisteten Forderungen sind bis heute liberale Grundideen. Anderes ist so selbstverständlich geworden, dass man seinen Ursprung im Liberalismus oft schon weithin vergessen hat – wie etwa die Einrichtung einer Verfassung.

Eine liberale Partei gab es damals freilich noch nicht. Urheber der Forderungen an den preußischen König waren vielmehr die Räte der genannten rheinischen Städte. Die Ratsherren waren gewählt nach ziemlich exklusivem und elitärem Wahlrecht, das Besitzende bevorzugte. Allerdings gingen die Verfasser der Geburtsurkunde des rheinischen Liberalismus davon aus, dass sie für das gesamte Volk sprachen. So hieß es im Protokoll der Kölner Stadtratssitzung, die Forderungen der Adresse an den König seien „Resultat der allgemeinen Volksstimmen“, mit deren „vollen Überzeugungen“ sie überein-

1 Zitiert nach Jürgen Herres/Georg Mölich/Stefan Wunsch (Hrsg.): Quellen zur Geschichte der Stadt Köln. Band 3: 19. Jahrhundert. Köln 2010, S. 88.

stimmten.² Diese frühen rheinischen Liberalen verstanden sich selbst also von vornherein als Repräsentanten einer Volksbewegung.

Der Liberalismus wurzelt letzten Endes in der Philosophie der Aufklärung. Immanuel Kants berühmte Definition dieser Philosophie als „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ war und ist seine Leitschnur. Das Streben nach Freiheit des Individuums ist bis heute der wichtigste Antrieb von Liberalen. Der Mensch ist freilich auch ein soziales Wesen, ein Herdentier. Er braucht einen kollektiven Rahmen. Für die rheinischen Urliberalen von 1817 konnte dieser Rahmen einstweilen der preußische Staat sein. Auf die Dauer sollte aber dieser Rahmen von der Nation gebildet werden, von einem deutschen Nationalstaat. Das Selbstverständnis der rheinischen Liberalen war das einer nationalen Volksbewegung.³

Das sahen Liberale in anderen Teilen des deutschen Sprachraums nicht wesentlich anders – ob in Kants Königsberg, in Berlin, in Baden, Bayern oder auch in Österreich. Aber zumindest in Preußen war der rheinische Liberalismus etwas Besonderes, und zwar aus zwei Gründen:

Zum einen war das Rheinland bis 1815 mehr als zwei Jahrzehnte lang ein Teil von Frankreich gewesen. Das hatte nicht nur die bereits vorher präsenten Ideen der Aufklärung verstärkt. Unter den Regierungen der französischen Revolutionäre und später unter Napoleon waren auch bereits Dinge wie Gewerbefreiheit und Säkularisation des Kirchenbesitzes in praktische Politik umgesetzt worden. Und vieles davon fand nun auch Eingang in die Forderungen an den preußischen König.

Zum anderen war das Rheinland die wirtschaftlich am weitesten entwickelte Provinz Preußens. Nirgendwo im Königreich war der Anteil der im Gewerbe tätigen Bewohner so hoch wie hier. Nirgendwo in Preußen waren Textilbetriebe, die erste Leitbranche der industriellen Revolution, bereits so häufig und so groß wie am Rhein. Nirgendwo wurde auch mehr Stein- und Braunkohle gefördert und verarbeitet als hier. Und es waren gerade die Liberalen, die in diesen Gewerbebezügen besonders aktiv waren.⁴

Das Rheinland repräsentierte damit aus geographisch-historischen wie aus wirtschaftlichen Gründen von allen preußischen Provinzen am meisten die Zukunft des Landes. Rheinische Liberale sollten deshalb in der preußischen Politik der nächsten Jahrzehnte eine gewichtige Rolle spielen. Und Politikern aus dem Rheinland kam in der Geschichte des Liberalismus und der liberalen Parteien in Deutschland immer wieder führende Bedeutung zu.

2 Ebd.

3 Thomas Theuringer: Liberalismus im Rheinland 1780-1818. Voraussetzungen und Ursprünge im Zeitalter der Aufklärung. Frankfurt/Main 1998.

4 Elisabeth Fehrenbach: Rheinischer Liberalismus und gesellschaftliche Verfassung. In: Wolfgang Schieder (Hrsg.): Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz. Göttingen 1983, S. 273f. Vgl. auch den Beitrag von Ulrich Soënius in diesem Band.

Freilich gab es noch keine liberalen Parteien. Es gab einstweilen nur eine liberale Bewegung – eine kleine und fluktuierende Gruppe von Personen, die ähnliche Überzeugungen teilten und sich deshalb wiederholt informell zusammenfanden. Das geschah etwa im sogenannten Kölner Montagskränzchen. In den 1820er Jahren richtete der preußische König dann in den meisten preußischen Provinzen Landtage ein. Der rheinische Provinziallandtag wurde zur neuen wichtigen Arena der Liberalen aus der Region.⁵

In den 1820er und 1830er Jahren waren deren Sprecher vor allem Juristen. Im folgenden Jahrzehnt wurde der rheinische Liberalismus dann aber mehr und mehr zu einer Bewegung, in der das aufstrebende Wirtschaftsbürgertum dominierte. Zu den führenden Persönlichkeiten gehörten in dieser Zeit der Wollhändler David Hansemann aus Aachen, der Kölner Kaufmann Ludolf Camphausen und der aus einer Krefelder Familie von Textilfabrikanten stammende Gustav Mevissen. Auch der ebenfalls aus Krefeld gebürtige Bankier Hermann von Beckerath und der Elberfelder Bankier August von der Heydt zählten während der 1840er Jahre zum Führungskreis der Bewegung.

Weder die Zusammensetzung des rheinischen Provinziallandtags noch die des 1847 einberufenen Vereinigten preußischen Landtags, in dem rheinische Liberale ebenfalls eine wichtige Rolle spielten, lässt allerdings ohne weiteres Rückschlüsse auf die Verwurzelung des Liberalismus in der breiten Masse der Bevölkerung zu. Wie dasjenige zu den Stadträten war auch das Wahlrecht zu rheinischem und preußischem Landtag extrem restriktiv. Im Rheinland besaßen nur 4 bis 5 Prozent der Bevölkerung überhaupt das aktive Wahlrecht zum Provinziallandtag. Lediglich ein halbes Prozent hatte das passive Wahlrecht, durfte sich also wählen lassen.⁶ Rekrutierten schon die Wähler sich aus dem vermögenderen Teil der Bevölkerung, so galt das für die Gewählten erst recht. Die Probe aufs Exempel darauf, ob der rheinische Liberalismus damals tatsächlich bereits eine nationale Volksbewegung war, wie es seine Wortführer beanspruchten, wurde erst 1848 gemacht.

Nach der Revolution im März kam es im Mai 1848 erstmals zu allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen zur preußischen und zur deutschen Nationalversammlung. Die Wahlen in Preußen erfolgten in beiden Fällen indirekt: Zunächst wurden in einem ersten Wahlgang Wahlmänner gekürt, und diese wählten dann erst die Abgeordneten. Für die Repräsentanten des Liberalismus im Rheinland war das Ergebnis überraschend. Denn in der Provinz wurden viele katholische Abgeordnete gewählt, die keine engeren Verbindungen zu ihnen hatten.

5 Vgl. dazu den Beitrag von Ewald Grothe in diesem Band.

6 Gregor Berghausen: Die großbürgerlichen Liberalen im Rheinischen Provinziallandtag 1826-1845. Köln 1994, S. 55.

Führende rheinische Liberale waren jedoch schon im März 1848 in höchste preußische Staatsämter berufen worden.⁷ Zehn Tage nach den Barrikadenkämpfen in Berlin, am 29. März, hatte Friedrich Wilhelm IV., der 1840 seinem gleichnamigen Vater als preußischer König nachgefolgt war, Ludolf Camphausen zum Ministerpräsidenten ernannt. David Hansemann übernahm den Posten des Finanzministers. Camphausen trat allerdings bereits nach knapp drei Monaten am 20. Juni 1848 wieder von seinem Amt zurück, weil er seine auf Vermittlung zwischen Konservativen und linken Demokraten gerichtete Politik gescheitert sah. Hansemann blieb noch bis Anfang September auf seinem Posten. August von der Heydt trat im Dezember 1848 als Handelsminister in das preußische Kabinett ein. Sowohl von der Heydt als auch das Kabinett hatten sich zu diesem Zeitpunkt allerdings schon deutlich von liberalen Ansichten entfernt.

Rheinische Liberale in der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt waren daran beteiligt, dass dem preußischen König 1849 die deutsche Kaiserkrone angeboten wurde. Ludolf Camphausen, mittlerweile preußischer Gesandter bei der deutschen Zentralgewalt in Frankfurt, vermittelte. Friedrich Wilhelm IV. lehnte die Krone jedoch ab, nachdem er sich schon vorher von den liberalen Ministern in Preußen wieder zunehmend entfernt hatte, und zerschlug mit militärischen Mitteln die revolutionäre Bewegung. Die zeitweilige Annäherung an den Liberalismus war für den preußischen König nur ein taktisches Manöver gewesen, um der Bedrohung durch die Revolution zu begegnen.

In dem nun vom König einseitig verordneten, „oktroierten“ preußischen Landtag kam den Liberalen aber bald wieder große Bedeutung zu. In den 1850er Jahren war zwar zeitweilig unter den Abgeordneten aus dem Rheinland eine katholische Fraktion stark vertreten. Während der 1860er Jahre dominierten dann aber unter rheinischen Mandatsträgern wieder Liberale. Das war nicht allein dem 1850 in Preußen eingeführten ungleichen Dreiklassenwahlrecht geschuldet. Denn dieses begünstigte die Besitzenden und hatte zunächst zu einer katholischen Dominanz unter den rheinischen Mandatsträgern geführt. Allerdings konnten die Liberalen gleichzeitig schon ihre Position in Städten wie Köln ausbauen.⁸

Der entscheidende Hintergrund des Wiederaufstiegs der Liberalen im preußischen Abgeordnetenhaus war die sich seit 1860 vertiefende Auseinandersetzung zwischen dem Parlament und der Krone. Wilhelm I., der 1858 für seinen Bruder Friedrich Wilhelm IV. die Regentschaft übernahm und ihm 1861 als König nachfolgte, bestand auf völliger Kontrolle in Militärfragen.

7 Vgl. dazu den Beitrag von Bärbel Holtz in diesem Band.

8 Beate-Carola Padtberg: Rheinischer Liberalismus in Köln während der politischen Reaktion in Preußen nach 1848/49. Köln 1985.

Eine selbstbewusster agierende liberale Parlamentsmehrheit pochte dagegen auf ihr Budgetrecht, auch was die Ausgaben für die Armee anging. Je mehr diese Auseinandersetzung sich zu einem regelrechten Verfassungskonflikt auswuchs, desto mehr konnten die als Antagonisten des Monarchen auftretenden Liberalen sich als Volksvertreter profilieren. Durch Feste, Bankette und Versammlungen nutzten sie vor allem in den Städten die Möglichkeiten zur Mobilisierung des Bürgertums und breiterer Bevölkerungskreise.⁹

1861 kam es so zur Gründung der ersten Partei in Preußen und Deutschland: die der liberalen Fortschrittspartei. Anders als noch in der preußischen liberalen Bewegung bis 1849 spielten rheinische Liberale in der Fortschrittspartei zunächst freilich keine führende Rolle.¹⁰ Seit den 1870er Jahren stieg allerdings ein Rheinländer zur führenden Persönlichkeit der Partei auf: Eugen Richter. 1838 in Düsseldorf geboren, dort und in Koblenz aufgewachsen, studierte Richter Jura in Bonn und absolvierte eine Ausbildung als Rechtsreferendar in seiner Geburtsstadt. Gerade einmal 25-jährig zum Bürgermeister von Neuwied gewählt, scheiterte seine Ernennung an seiner oppositionellen Haltung. Seit Mitte der 1860er Jahre arbeitete er als politischer Journalist und wurde so zu einem der ersten deutschen Berufspolitiker. Zwischen den späten 1860er Jahren und seinem Tod 1906 war er stets Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und des Reichstags, dem er Jahrzehnte als Repräsentant des Wahlkreises Hagen angehörte. Drei Jahrzehnte führte er die Fortschrittspartei und ihre größten Nachfolgeorganisationen.¹¹

Als Richter sein erstes Mandat zum Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867 gewann, hatte die Fortschrittspartei sich bereits aufgespalten. Mit dem preußischen Sieg über Österreich im „Deutschen Krieg“ von 1866 war die Vorentscheidung über die Gründung eines deutschen Nationalstaats unter preußischer Führung gefallen. Ein Teil der Liberalen in Preußen arrangierte sich daraufhin mit der Monarchie und ihrem Ministerpräsidenten Otto von Bismarck. Mit der Gründung der Nationalliberalen Partei veränderten sich die Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten zugunsten der Regierung, der preußische Verfassungskonflikt wurde beendet.

Einer der Führer der nationalliberalen Abspaltung war der 1824 in Essen geborene und aufgewachsene Friedrich Hammacher. Hammacher illustriert wie wenige andere Politiker die zuweilen schillernde Natur des rheinischen

- 9 Thomas Parent: Passiver Widerstand im preußischen Verfassungskonflikt. Die Kölner Abgeordnetenfesten. Köln 1982.
- 10 Gerhard Eisfeld: Die Entstehung der liberalen Parteien in Deutschland 1858-1870. Hannover 1969.
- 11 Ina Susanne Lorenz: Eugen Richter. Der entschiedene Liberalismus in wilhelminischer Zeit 1871 bis 1906. Husum 1981; Ralph Raico: Die Partei der Freiheit. Studien zur Geschichte des deutschen Liberalismus. Stuttgart 1998, S. 87-153; Jürgen Frölich: Eugen Richter (1838-1906), liberaler Parlamentarier im Kaiserreich. In: Portal Rheinische Geschichte (<http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoennlichkeiten/R/Seiten/EugenRichter.aspx>).

Liberalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Während seines Jurastudiums in Bonn hatte er Kontakte zu sozialistischen Gruppen. 1848 stand er als überzeugter Demokrat auf der äußersten Linken des damaligen politischen Spektrums. Nach monatelanger Haft wurde er 1850 aus dem Staatsdienst entfernt, auch die Zulassung als Anwalt blieb ihm versagt. Während der 1850er Jahre engagierte Hammacher sich kommunalpolitisch in verschiedenen Ruhrgebietsstädten und wurde unter anderem zum Mitgründer des Kohlenbergwerks Pluto in Wanne-Eickel. Politisch rückte er zunehmend nach rechts. 1863 zunächst für die Fortschrittspartei in das preußische Abgeordnetenhaus gewählt, wurde er drei Jahre später einer der Mitbegründer der Nationalliberalen Partei, der er dann bis zu seinem Tod 1898 in führender Position angehörte.¹²

Die Gründung der Nationalliberalen Partei markierte den Beginn einer langen Geschichte von Spaltungen, Fusionen und erneuten Spaltungen in der liberalen Bewegung, die bis 1933 andauern sollten. Allerdings war das nicht zuletzt auch Ausdruck und Erbe des individualistischen Weltbilds der frühen Liberalen, die sich nur schwer in das anbrechende Zeitalter der politischen Apparate einfügen mochten. Die formale Trennung hielt zudem Nationalliberale und die Erben der Fortschrittspartei, die meist mit dem zusammenfassenden Etikett „linkliberal“ bezeichnet wurden, nicht davon ab, in den folgenden Jahrzehnten oft eng miteinander zusammenzuarbeiten. Auf lokaler Ebene war diese Kooperation besonders eng, auch nach 1866 gab es in vielen Städten und Gemeinden oft nur einen liberalen Verein.

Im Rheinland waren beide liberalen Richtungen während der 1870er Jahre besonders stark vertreten. Das galt nicht nur für die Repräsentanz in den Parlamenten. Es galt anfangs auch für die Verwurzelung in der breiten Masse der Bevölkerung. Deutlich wurde dies in den zweiten allgemeinen und gleichen Wahlen in der deutschen Geschichte nach 1848, denen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes von 1867.

Diese Wahlen erbrachten ein geradezu spektakuläres – und seitdem nie mehr erreichtes – Ergebnis für die Liberalen. Etwa die Hälfte der Wähler stimmte für sie. In der preußischen Rheinprovinz fiel das Ergebnis noch deutlich imposanter aus: Mehr als sechzig Prozent machten hier im August 1867 ihr Kreuzchen bei einer liberalen Partei. Der Liberalismus war nun tatsächlich eine nationale Volksbewegung geworden. Und im Rheinland war er das noch einmal deutlich mehr als in anderen Regionen.¹³

12 Alex Bein/Hans Goldschmidt: Friedrich Hammacher. Lebensbild eines Parlamentariers und Wirtschaftsführers 1824–1904. Berlin 1932.

13 Detaillierte Wahlergebnisse nach den amtlichen Angaben gut zugänglich zusammengestellt bei wahlen-in-deutschland.de (eingesehen 19.2.2018). Vgl. hierzu auch die Beiträge von Jürgen Frölich und Helmut Rönz in diesem Band.

Allerdings konnten die Liberalen in Deutschland insgesamt wie auch im Rheinland sich nur kurz in dem Bewusstsein sonnen, die große Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu haben. Bei den Wahlen vom August 1867 erzielten sie das beste Ergebnis, das sie in der Region bei demokratischen Wahlen jemals erreichen sollten. Der Status einer nationalen Volksbewegung ging, kaum war er gewonnen, ihnen schon bald wieder verloren. Paradoxe Weise war es gerade der Abschluss der von den Liberalen heiß ersehnten nationalen Einigung, der den Hintergrund für den beginnenden Abstieg bot.

1870/71 kam es zum deutsch-französischen Krieg. Im Taumel nationaler Begeisterung schlossen sich die süddeutschen Staaten dem Norddeutschen Bund an. Das Deutsche Reich entstand. 1871 wurde der Reichstag erstmals gesamtdeutsch gewählt. Das geschah nach demselben allgemeinen, gleichen und direkten Männerwahlrecht wie vier Jahre zuvor bei den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag. Doch 1871 ging der Anteil der für die liberalen Parteien abgegebenen Wählerstimmen besonders im Rheinland empfindlich zurück.

Im Reichsdurchschnitt musste der Liberalismus zwar auch Stimmenverluste hinnehmen. Diese hielten sich allerdings in engen Grenzen: 1871 entfielen immer noch fast die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf liberale Organisationen. In der preußischen Rheinprovinz halbierte sich der liberale Wähleranteil dagegen – von 1867 etwa 60 auf nun nur noch rund 32 Prozent.

Während der nächsten drei Jahrzehnte setzte sich dieser Rückgang des liberalen Anteils an den abgegebenen Stimmen fort. Bei den Reichstagswahlen von 1878 konnten die Liberalen am Rhein lediglich noch ein Fünftel der Wähler für sich gewinnen. In den 1880er Jahren stieg ihr Stimmenanteil dann zwar vorübergehend wieder etwas an. Bis zur Jahrhundertwende sank er jedoch weiter – auf den Tiefstwert von gerade einmal 15 Prozent bei den Wahlen von 1887 und 1893. Im Reich als Ganzes verloren die liberalen Parteien nach 1871 ebenfalls stärker an Wählern. Aber hier schnitten sie doch noch besser ab als im Rheinland: In den 1890er Jahren lagen sie reichsweit immerhin noch bei einem Viertel bis einem Drittel der abgegebenen Stimmen.

Die Ursachen für diese Verluste waren vielfältig. Am wichtigsten war wohl die Konkurrenz der 1870 gegründeten Zentrumspartei. Neben Bayern und Westfalen hatte diese ihre größten Hochburgen im Rheinland. Die Zentrumspartei hatte sich die Verteidigung der Rechte der katholischen Kirche auf die Fahne geschrieben. Zudem verstand sie sich als Interessenvertretung der Katholiken im neuen Deutschen Reich, die mit einem guten Drittel der Bevölkerung eine religiöse Minderheit darstellten. Das Rheinland war dagegen überwiegend katholisch. In den Regierungsbezirken Köln und Trier lag der katholische Bevölkerungsanteil zur Zeit der Reichsgründung bei mehr als vier Fünfteln, im Regierungsbezirk Aachen sogar bei 95 Prozent. Im Ko-

blenzer Regierungsbezirk waren zwei von drei Bewohnern katholisch, im Düsseldorfer drei von fünf.

Die Zentrumspartei gewann aus dem Stand 1871 fast die Hälfte der bei den Reichstagswahlen im Rheinland abgegebenen Stimmen. Bei den nächsten Wahlen 1874 konnte sie ihren Anteil weiter auf zwei Drittel der Stimmen steigern. Das ging größtenteils auf Kosten der Liberalen. Die Verluste der bisher in der Region dominierenden Liberalen waren dort am höchsten, wo die meisten Katholiken wohnten. Allerdings war es nicht zwangsläufig, dass die neue Zentrumspartei den liberalen Parteien die katholischen Wähler abjagte. Dass es dennoch in großem Umfang geschah, hatten die Liberalen sich nicht zuletzt selbst zuzuschreiben.

Mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 war ein Traum der Liberalen in Erfüllung gegangen. Man hatte sich selbst als Volksbewegung verstanden, für die ein deutscher Nationalstaat eines der wichtigsten Ziele war. Viele, wenn auch nicht alle Liberalen hatten schließlich mit dem preußischen Staat und seinem Ministerpräsidenten Bismarck zusammengearbeitet, um dieses Ziel zu erreichen. Bismarck sah freilich die nationale Einigung auch nach 1871 noch als gefährdet. Als überzeugter Protestant misstraute er in dieser Hinsicht unter anderem der katholischen Bevölkerungsminderheit. Um deren Bindungen an das Papsttum als vermeintlich antinationale Macht zu schwächen, trieb Bismarck direkt nach der Reichsgründung in Preußen und Deutschland deshalb einen Konflikt zwischen Staatsgewalt und Kirchen voran. Er sah darin vor allem einen Machtkampf mit der katholischen Kirche. Diese Auseinandersetzung, von den Zeitgenossen bereits „Kulturkampf“ genannt, hat Bismarck einmal nach den Feldzügen gegen Dänemark 1864, Österreich 1866 und Frankreich 1870/71 als vierten nationalen Einigungskrieg charakterisiert. Und die Mehrheit der Liberalen unterstützte ihn dabei.¹⁴

Die Motive waren dabei durchaus verschieden. Den liberalen Kulturkämpfern ging es, wie ihren Gesinnungsgenossen in anderen europäischen Staaten, in denen es zu ganz ähnlichen Konflikten kam, eher um eine Säkularisierung der Gesellschaft. Aber ganz frei von antikatholischen Vorurteilen waren auch viele der Liberalen nicht. Zudem wurde der Kampf um Säkularisierung von nicht wenigen mit dem wahren Glaubenseifer von Ideologen geführt.

Besonders in überwiegend katholischen Regionen des Deutschen Reiches wie dem Rheinland erwies sich das für die Anziehungskraft der Liberalen in breiten Bevölkerungsschichten als fatal. In fast rein katholisch geprägten Gebieten wie dem Raum um Aachen verschwand der Liberalismus als politische Kraft nahezu vollständig. Woanders im Rheinland blieb der Liberalis-

14 Vgl. dazu den Beitrag von Norbert Schloßmacher in diesem Band.

mus als politische Bewegung von Bedeutung zwar erhalten. Das Zentrum aber wurde in allen rheinischen Regierungsbezirken stärkste Partei, und blieb das über Jahrzehnte. Nicht allein im Reichstag, sondern auch im preußischen Landtag dominierte unter den Abgeordneten aus dem Rheinland der politische Katholizismus. Die rheinischen Liberalen mussten sich damit abfinden, fortan in den Parlamenten nur noch die zweite Geige zu spielen.

Selbst um diese Position mussten sie jedoch bald bangen. Denn zunehmend sahen sie sich in den wenigen protestantischen Wahlkreisen rechts des Rheins auch der Konkurrenz der Sozialdemokraten gegenüber. Schon 1867, bei den Wahlen zum Parlament des Norddeutschen Bundes, war es in Remscheid-Lennep-Mettmann und Barmen-Elberfeld sozialistischen Kandidaten gelungen, sich gegen Liberale durchzusetzen. Während der nächsten Jahrzehnte waren diese Wahlkreise wie auch der angrenzende Solinger Kreis zwischen den liberalen und sozialdemokratischen Parteien heftig umkämpft. 1893 gewann die SPD erstmals alle drei. Zehn Jahre später eroberte sie auch Essen und das im benachbarten westfälischen Regierungsbezirk Arnsberg liegende Bochum. Bei den letzten Reichstagswahlen im Kaiserreich 1912 schließlich triumphierten die Sozialdemokraten außer im bergischen Städtedreieck in den Großstädten Düsseldorf und Köln – beides traditionelle Zentrumshochburgen mit einem katholischen Anteil von 70 Prozent und mehr an der Bevölkerung.

Zwar hatten die Sozialdemokraten bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus im Rheinland wegen des bis 1918 geltenden Dreiklassenwahlrechts gegen liberale Kandidaten nie eine Chance. Bei den Reichstagswahlen konkurrierte die SPD seit der Jahrhundertwende aber mit dem Liberalismus um die Position der zweitstärksten politischen Kraft in der Region nach dem Zentrum. 1903 und 1912 entschied sie diese Konkurrenz bereits für sich.

Die SPD konnte den Liberalen vor allem in solchen protestantischen Kreisen Mandate abjagen, die städtisch und industriell geprägt waren. Ihr Aufstieg ging vielfach mit der Industrialisierung einher. Wo traditionelles Handwerk durch Fabriken abgelöst, selbstständige Handwerker durch Industrieproletariat verdrängt wurde, verlor der Liberalismus im Rheinland an Boden. Der Bedeutungsgewinn des Klassengegensatzes mit der Industrialisierung führte zu einer Scheidung der Geister: Während Industriearbeiter sich zunehmend zur Sozialdemokratie hin orientierten, neigten bürgerliche Existenzen mehr und mehr nach rechts, zum Nationalliberalismus. Dieser dominierte innerhalb der liberalen Bewegung des Rheinlands zunehmend. Die Erben der Fortschrittspartei versanken in der Region dagegen weitgehend in Bedeutungslosigkeit.

Die soziale Polarisierung durch den Aufstieg der Sozialdemokratie stärkte allerdings teilweise auch die Konservativen auf Kosten der Liberalen. In den

protestantischen Wahlkreisen rechts des Rheins und im Hunsrück entwickelten sich konservative Kandidaten um 1890 teilweise zu ernsthaften Konkurrenten für liberale Mandatsträger. Vorübergehend konnten sich die Konservativen sogar als zweitstärkste politische Kraft vor die Liberalen schieben.

Das war nicht immer und vielfach gar nicht einmal Folge des Bedeutungsgewinns industrieller Klassengegensätze zwischen Bürgern und Arbeitern. Oft war es auch das Resultat davon, dass sich mit der Industrialisierung die Gegensätze zwischen Stadt und Land verschärften. Zudem setzte im späten 19. Jahrhundert eine Globalisierung der Agrarmärkte die rheinischen Landwirte massiver Konkurrenz von jenseits der Grenzen des Deutschen Reichs aus. Die Forderungen aus dem Agrarsektor nach Schutz vor dieser internationalen Konkurrenz wurden für den Liberalismus, der in Stadt und Land Anhänger hatte, überall zu einer Zerreißprobe. Der Niedergang besonders des linken Liberalismus war nicht zuletzt auch die Folge seines Festhaltens am Freihandel, während die Nationalliberalen sich weniger prinzipienfest und pragmatischer verhielten. Unter dem Strich waren es jedenfalls nicht nur liberale Wähler aus bürgerlichen, sondern ebenso aus bäuerlichen Milieus, die vom Konservatismus angezogen wurden.

Die Liberalen verloren so nach allen Seiten Anhänger. Katholiken gingen zum Zentrum über, viele Industriearbeiter und Angehörige der Unterschichten generell zu den Sozialdemokraten, ländliche Wähler und Teile der gesellschaftlichen Eliten an die Konservativen. Übrig blieben vor allem die protestantischen Mittelschichten. Die liberale Bewegung veränderte damit im Lauf des Kaiserreichs ihre Natur: Aus der nationalen Volksbewegung der 1860er Jahre wurde mehr und mehr eine bürgerliche Interessenpartei.

Das zeigte sich auch daran, dass die Verluste der liberalen Parteien dort am höchsten ausfielen, wo das Wahlrecht ein allgemeines gleiches war – bei den Reichstagswahlen. Bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus, wo das ungleiche Dreiklassenwahlrecht Besitzende und damit tendenziell auch die bürgerlichen Schichten privilegierte, schnitten die Liberalen dagegen während des Kaiserreichs meist besser ab. So gewannen die liberalen Parteien bei den preußischen Landtagswahlen 1898 im Rheinland ein knappes Viertel der Stimmen. Bei den Reichstagswahlen im selben Jahr erreichten sie mit einem Stimmenanteil von 17 Prozent dagegen ein deutlich schlechteres Ergebnis.¹⁵ Auch in den Kommunen, wo das Wahlrecht ebenfalls Besitzende begünstigte, konnten die Liberalen in den Mitbestimmungsorganen lange eine stärkere Position bewahren. Erst seit der Jahrhundertwende bröckelten ihre Mehrheiten angesichts von fundamentaler Politisierung

15 Gerhard A. Ritter/Merith Niehuss (Hrsg.): Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918, München 1980, S. 148.

der Bevölkerung bis in die Unterschichten hinein auf lokaler Ebene zunehmend ab.¹⁶

Die Entwicklung des Liberalismus im Rheinland zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg erscheint daher in vielfacher Hinsicht als eine Geschichte des Niedergangs. Das sahen auch viele Zeitgenossen bereits so. Allerdings beinhaltete der säkulare Wandel von der noch immer weitgehend ländlich und handwerklich geprägten hin zur industriellen Gesellschaft auch Chancen für die liberale Bewegung. Denn mit der zunehmenden Industrialisierung und Verstädterung des Rheinlands nahm nicht nur die Industriearbeiterschaft zu. Auch das Bürgertum wuchs. Und das Bürgertum war von jeher die wichtigste Trägerschicht der liberalen Bewegung in der Region gewesen. War diese zunächst von Angehörigen der freien Berufe, Kaufleuten, Bankiers und Fabrikanten getragen worden, so kamen nun Angestellte und Beamte in immer größeren Zahlen dazu. Diese waren zwar abhängig beschäftigt, sahen sich selbst aber als Bürger.

Um diesen sogenannten „neuen Mittelstand“ zu gewinnen, mussten die Liberalen sich freilich wandeln. Nicht nur waren dafür eine Abkehr von ihrem bisherigen Selbstverständnis als politischer Vertretung der ganzen Nation und eine Neudefinition als bürgerliche Interessengruppe nötig. Der Liberalismus musste sich auch von einer im Grunde immer noch sehr lose organisierten „Bewegung“ hin zu einer modernen Mitgliederpartei entwickeln. Vor allem die Sozialdemokratie konnte in dieser Hinsicht als Vorbild gelten.

Bei den Liberalen herrschten dagegen organisatorisch während des Kaiserreichs noch lange Zeit Honoratiorenstrukturen vor. Neben den Fraktionen in Reichstag und preußischem Abgeordnetenhaus existierten ungefähr bis zur Jahrhundertwende allenfalls lokale Wahlkomitees, die meist nur ad hoc vor Wahlgängen aktiv wurden. Zwar sind spätestens in den 1880er Jahren auch regionale „Parteitage“ bei den Nationalliberalen der Rheinprovinz belegt. Diese dienten allerdings den Abgeordneten und der Parteiführung vor allem als Resonanzboden für die Stimmung in den Lokalvereinen. Bindende Beschlüsse wurden dort nicht gefasst. Die Delegierten waren auch nur selten durch demokratische Wahlen legitimiert. Denn eine Mitgliederorganisation gab es zu diesem Zeitpunkt erst in Ansätzen. Das Abonnement einer Zeitung diente in gewisser Weise als Ersatz für Mitgliedsbeiträge; die ersten Berufspolitiker – wie bei den Linksliberalen Eugen Richter – lebten als Journalisten von der Redaktion parteilich eingefärbter Zeitungen.

Beginnend mit den späten 1890er Jahren bauten die liberalen Parteien im Rheinland dann verstärkt eine moderne Organisation auf. Sie begannen sich nun zu Massenparteien zu wandeln. Hauptamtliche Parteisekretäre wurden

16 Helmuth Croon: Die gesellschaftlichen Auswirkungen des Gemeindevahlrechtes in den Gemeinden und Kreisen des Rheinlandes und Westfalens im 19. Jahrhundert. Köln 1960.

eingestellt. Diese wurden meist von den Wahlkreisvereinen besoldet. Bei den Nationalliberalen stellten diese Vereine im Rheinland 1914 mit insgesamt 65.000 Mitgliedern nahezu ein Drittel aller Mitglieder der Partei im Deutschen Reich. Die nationalliberale Partei der Rheinprovinz gab in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg eine eigene Pressekorrespondenz heraus. Die Linksliberalen waren in der Region schwächer vertreten. Bei ihnen waren die Zahlen der Mitglieder und auch der Parteisekretäre geringer, demokratische Vereinsstrukturen dagegen teilweise schon früher ausgeprägter. Auch bei ihnen gab es im Rheinland besonders viele Ortsvereine. Das organisatorische Übergewicht der Region in der Gesamtpartei war allerdings nicht so stark wie bei den Nationalliberalen.¹⁷

Auch programmatisch modernisierte sich der Liberalismus: Bei den im Rheinland dominierenden Nationalliberalen war das vor allem ein Verdienst der jungliberalen Bewegung. Um die Jahrhundertwende entstanden, hatte sie sich die Erneuerung des Liberalismus auf die Fahnen geschrieben. Einer ihrer führenden Vertreter war der 1867 in Bergheim geborene Bernhard Falk. Falk machte sein Abitur in Köln und studierte unter anderem in Bonn. Nach einigen Jahren als Rechtsanwalt in Wuppertal wechselte er ans Kölner Oberlandesgericht. In der Domstadt war Bernhard Falk zwischen 1908 und 1930 auch als Stadtrat tätig.

Vorrangiges Ziel von Falk und seinen jungliberalen Mitstreitern war die Öffnung der nationalliberalen Partei, die um 1900 noch stark an einen großbürgerlichen Herrenclub erinnerte, für breite Gesellschaftsschichten. Mittel dabei war zunächst die Propagierung einer fortschrittlichen Sozialpolitik für Arbeiter und Angestellte. Auch in der Finanz- und Steuerpolitik steuerten die Jungliberalen ihre Partei zunehmend erfolgreich auf einen populären Kurs. Statt durch Verbrauchssteuern sollten die Einnahmen von Reich, Einzelstaaten und Gemeinden vor allem aus Besitzsteuern gedeckt werden. Diese Öffnung für sozialliberale Ideen wurde begleitet von einer Wende hin zum demokratischen Liberalismus: Eintreten für Demokratisierung des Wahlrechts in Preußen und Ausbau der Rechte des Parlaments im Deutschen Reich.

Der jungliberale Reformkurs besonders in Verfassungs- und Finanzfragen trug in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg zu einer starken Annäherung von National- und Linksliberalen bei. Aber auch in der Betonung einer na-

17 Eine Untersuchung der Entwicklung liberaler Parteien im Rheinland während des Kaiserreichs ist ein Desiderat. Vgl. neben Thomas Nipperdey: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918. Düsseldorf 1961, S. 86-240, besonders S. 101, 114-117, 187 u. 196, auch Alastair Thompson: Left Liberals, the State, and Popular Politics in Wilhelmine Germany. Oxford 2000, besonders S. 60 und 63; Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt 1988, S. 133-164; Nationalliberale Korrespondenz für die Rheinprovinz. Köln 1907-1918.

tionalen und Weltmachtspolitik rückten die beiden liberalen Parteirichtungen näher zusammen. Die bisher gegenüber dem Erwerb von Kolonien ausgesprochen kritischen Linksliberalen gaben diese Reserve auf. Für eine nach der Reichsgründung aufgewachsene neue Generation von Politikern wie Bernhard Falk war die Einheit der deutschen Nation ebenso eine Selbstverständlichkeit wie ein selbstbewusstes Auftreten des Deutschen Reiches in der Welt. Im Rheinland, wo Liberale von jeher enge Beziehungen zu global agierenden Handelshäusern unterhielten, galt das erst recht.¹⁸

Der Erfolg dieser Bemühungen um politische Reformen und Anpassung an den Zeitgeist schlug sich nicht allein in einer Ausweitung liberaler Organisationen nieder. Seit den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts gelang es den liberalen Parteien im Rheinland auch, den seit den 1870er Jahren nach unten zeigenden Trend bei der Entwicklung ihres Wählerstimmenanteils umzukehren. Seit 1898 nahm der Anteil der für die Liberalen abgegebenen Stimmen bei Reichstagswahlen in der Region kontinuierlich zu. Gegenüber den Konservativen und dem Zentrum gewann der Liberalismus in der Wahlbevölkerung wieder an Gewicht. Hatten die liberalen Parteien zusammengenommen 1893 nur 15 Prozent der Wähler auf sich vereinigen können, so waren es bei den beiden letzten Reichstagswahlen vor dem Ersten Weltkrieg 1907 und 1912 jeweils zwanzig Prozent. Damit war es den rheinischen Liberalen am Ende des Kaiserreichs auch gelungen, den Rückstand zum durchschnittlichen Abschneiden des Liberalismus deutschlandweit, an das seit der Reichsgründung der Anschluss verloren gegangen war, zu verringern.

Weltkrieg und Gründung der Weimarer Republik bildeten in vielfacher Hinsicht eine Zäsur. Die Revolution und das Ende der Monarchie wurden auch von einer organisatorischen Neustrukturierung des Liberalismus begleitet. Das Erbe des Linksliberalismus trat die Deutsche Demokratische Partei (DDP) an, während die Deutsche Volkspartei (DVP) die Tradition des nationalen Liberalismus fortsetzte. Die weiterhin fließenden Grenzen zwischen beiden Gruppen wurden aber auch etwa dadurch offensichtlich, dass Bernhard Falk von den Kölner Nationalliberalen zur DDP wechselte. Als deren Mitglied wurde er in die Weimarer Nationalversammlung und 1924 auch in das Preußische Abgeordnetenhaus gewählt. Dort leitete er bis 1932 die Fraktion der DDP.

Die rheinischen Organisationen der liberalen Parteien waren im Vergleich mit denen anderer Regionen Deutschlands in den 1920er Jahren nicht mehr besonders mitgliederstark. Auch in anderer Hinsicht verloren sie ihre Sonderstellung: Ihre Wahlergebnisse glichen sich immer weiter an die woanders

18 Bernhard Falk: *Erinnerungen eines liberalen Politikers*. Eingeleitet und bearbeitet von Volker Stalman. Düsseldorf 2012; Volker Stalman: *Bernhard Falk (1867-1944). Liberaler, Jude und deutscher Patriot*. In: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 24 (2012), S. 161-192; und vgl. den Beitrag von Volker Stalman in diesem Band.

von Liberalen erzielten Ergebnisse an. Freilich gilt das nur relativ zu diesen. In absoluten Zahlen und im Vergleich mit anderen Parteien gingen sie während der Weimarer Republik regional wie national immer weiter zurück. Die positive Trendwende aus den späten Jahren des Kaiserreichs setzte sich also nicht fort. Im Gegenteil: Der Liberalismus verlor nun wie reichsweit auch im Rheinland immer weiter an Unterstützung.

Schon bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 blieben die liberalen Parteien zusammengenommen in allen rheinischen Wahlkreisen wie auch im nationalen Durchschnitt unter den Ergebnissen, die sie noch bei den letzten Reichstagswahlen im Kaiserreich 1912 erzielt hatten. Statt der damals im Rheinland gewonnenen zwanzig Prozent der Stimmen waren es jetzt lediglich gut 15 Prozent. Bis 1928 sank der liberale Stimmenanteil weiter ab: Nur etwa ein Zehntel der rheinischen Wähler machte sein Kreuzchen bei DDP oder DVP. Bei den letzten freien Reichstagswahlen im November 1932 waren es dann gerade noch zwischen 1,7 Prozent im Wahlkreis Düsseldorf-West und 2,7 in Düsseldorf-Ost. Im preußischen Landtag vollzog sich der Abstieg der Liberalen in der Wählergunst weitgehend parallel. Aus der einstigen nationalen Volksbewegung Liberalismus war über die Zwischenstufe einer immer noch einflussreichen bürgerlichen Interessenpartei eine machtlose politische Splittergruppe geworden.

Wie kam es dazu? Die Revolution von 1918 und die Gründung der Republik markierten einen gewaltigen politischen Demokratisierungsschub. Zum einen brachte die Revolution eine Demokratisierung des Wahlrechts zu den Gebietskörperschaften. Das Reichstagswahlrecht wurde jetzt überall eingeführt. Durch die Parlamentarisierung des politischen Systems erhielten die Parlamente zudem einen deutlichen Funktionszuwachs. Schließlich verdoppelte sich durch Einführung des Frauenwahlrechts auch die Zahl der Wähler.

Das zumindest schadete den Liberalen nicht. Denn die jetzt wahlberechtigten Frauen machten ihr Kreuzchen mindestens ebenso oft bei liberalen Parteien wie die Männer. Eher profitierten DDP und DVP noch vom Frauenwahlrecht. Denn die Wählerinnen neigten zumindest während der 1920er Jahre tendenziell dazu, bereits etablierte Parteien zu unterstützen, und entschieden sich seltener als die Männer für neue Kräfte wie die Kommunisten oder die Nationalsozialisten.

Die Demokratisierung in Preußen und in den Kommunen war dagegen schon ein Problem für die Liberalen. Denn hier hatten sie als bürgerliche Parteien bisher vom Dreiklassenwahlrecht profitiert – zwar nicht so sehr wie die Konservativen, aber deutlich mehr als die Sozialdemokraten. Das erklärt allerdings nur die anfänglichen Verluste in der Gründungsphase der Republik, nicht den dauerhaften Niedergang.

Dieser Niedergang dürfte zunächst weniger Folge einer fehlenden Attraktivität liberaler Ideen gewesen sein. Im Gegenteil war er paradoxerweise

eher die Folge davon, dass diese Ideen immer attraktiver geworden waren. Ein gutes Jahrhundert nach den Adressen der rheinischen Städte an den preußischen König Friedrich Wilhelm III. 1817 waren mit der Revolution in der Republik nun auch die letzten Forderungen dieser Adressen durchgesetzt: die Entfernung der Reste des Feudalsystems, die Beseitigung aller adeligen Privilegien, die Gleichheit aller Staatsbürger. Dafür hatten die Liberalen ein Jahrhundert lang gestritten. In gewisser Weise hatte der Liberalismus sich totgesiegt. Seine klassische Existenzberechtigung hatte er verloren. Wenn er als politische Bewegung weiter existieren wollte, musste er sich noch einmal neu erfinden.

Im Grunde hatte dieser Prozess der Neuerfindung schon vor dem Ersten Weltkrieg eingesetzt – mit der Ausrichtung auf die Ideen des sozialen und demokratischen Liberalismus. Dafür standen im Rheinland Persönlichkeiten wie Bernhard Falk. Noch mehr repräsentierte nach dem Krieg der 1878 in Neuss geborene Anton Erkelenz diese Neuausrichtung zu einer Öffnung über die alte bürgerlich-protestantische Klientel hinaus. Katholisch getauft, machte er zunächst eine Lehre im väterlichen Schlosserbetrieb, um dann eine steile Karriere in der liberalen Arbeiterbewegung zu beginnen. 1912 gründete Erkelenz zusammen mit Friedrich Naumann den Reichsverein der liberalen Arbeiter und Angestellten. Als Vorsitzender des Parteivorstands der DDP bemühte er sich in den 1920er Jahren um enge Kontakte zur Sozialdemokratie. Aus Protest gegen die zeitweilige Fusion der DDP mit dem aus einem Freikorps hervorgegangenen, national ausgerichteten und teilweise antisemitisch geprägten Jungdeutschen Orden trat Erkelenz 1930 sogar aus der Partei aus und zur SPD über.

Die Auseinandersetzungen zwischen demokratischem Sozialliberalismus und stärker in der nationalliberalen Tradition stehenden Gruppen prägten schon während der 1920er Jahre die Geschichte beider liberaler Parteien. An ihnen scheiterten wiederholt die Versuche zu einer Vereinigung der verschiedenen Richtungen des Liberalismus zu einer Aktionseinheit. Und diese inneren Konflikte erschwerten es nicht zuletzt auch, bessere Antworten auf die drängenden Probleme der Zeit zu finden.

Diese Probleme waren gewaltig. Der verlorene Weltkrieg hatte dem Deutschen Reich nicht nur die Hypothek des Versailler Friedensvertrages aufgebürdet, den die Gegner der Republik dieser anlasteten. Der Krieg hatte auch eine gigantische Staatsverschuldung hinterlassen, die zusammen mit der Umstellung auf eine Friedenswirtschaft während der frühen 1920er Jahren in die Hyperinflation führte. 1923 beendete die Reichsregierung unter der Kanzlerschaft des Liberalen Gustav Stresemann das dadurch hervorgerufene Chaos durch eine radikale Währungsreform. Die Entscheidung dafür war zu diesem Zeitpunkt wohl alternativlos geworden. Sie entfremdete die liberalen Parteien, die sie wesentlich mitverantwortet hatten, aber von ihrer bürgerli-

chen Stammwählerschaft. Denn deren Ersparnisse wurden durch die Währungsreform, soweit sie nicht in Sachwerten angelegt waren, praktisch völlig entwertet. In der Folgezeit wandte sich das Bürgertum vom Liberalismus ab. Doch die Gewinnung neuer Wählerschichten gelang DDP und DVP kaum.

1929 folgte die Weltwirtschaftskrise. Auch deren Folgen wurden weitgehend liberaler Wirtschaftspolitik angelastet. Obwohl sie ihren Ausgangspunkt in den USA hatte, schadete sie den deutschen liberalen Parteien gewaltig. Sie löste die hektischen organisatorischen Neugruppierungen aus, in deren Folge Leute wie Anton Erkelenz, die Reichskanzler Brünings Deflationspolitik als krisenverschärfend kritisierten, das liberale Lager verließen. Bernhard Falk blieb in den liberalen Reihen, bis er 1932 sein preußisches Landtagsmandat verlor. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme lösten die liberalen Parteien sich unter massivem Druck der NSDAP im Juni 1933 selbst auf.¹⁹

Während der zwölf Jahre des „Dritten Reiches“ verhielten sich die ehemaligen Mitglieder liberaler Parteien sehr unterschiedlich. Einige emigrierten – vor allem diejenigen, die wie Bernhard Falk jüdischer Herkunft waren. Andere wie Anton Erkelenz schlossen sich Widerstandskreisen an. Viele arrangierten sich auf die eine oder andere Weise mit dem System. Manche traten auch früher oder später in die NSDAP ein. Die meisten waren politisch nicht aktiv.²⁰

Zur letzteren Gruppe gehörte Friedrich Middelhaue. 1896 in Siegen geboren, studierte er in Köln und arbeitete danach als Buchhändler und Verleger in Leverkusen. Während der Weimarer Republik hatte er der Deutschen Demokratischen Partei angehört. 1932 kandidierte er erfolglos in einem Düsseldorf-Wahlkreis für den Reichstag. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Wiederzulassung politischer Parteien wirkte er als erster Vorsitzender des liberalen Landesverbands in der nördlichen Rheinprovinz. Als 1947 ein Landesverband der Freien Demokratischen Partei für Nordrhein-Westfalen entstand, wurde Middelhaue zu dessen Vorsitzenden gewählt und blieb es bis 1956.

Mit ihren Wahlergebnissen knüpfte die rheinische FDP in den späten 1940er Jahren etwa dort wieder an, wo die Liberalen Ende der 1920er gestanden hatten. Im ersten gewählten nordrhein-westfälischen Landtag stellte

19 Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933. Düsseldorf 2002; Joachim Stang: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen. Düsseldorf 1994; Linksliberalismus in Preußen. Die Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion der DDP und DStP 1919-1932. Eingeleitet und bearbeitet von Volker Stalman. Düsseldorf 2009; Stephanie Günther: Unpolitische Kommunalpolitik? Die Deutsche Volkspartei in der Weimarer Republik. Marburg 2011; Larry Eugene Jones: German Liberalism and the dissolution of the German party system. Chapel Hill 1988.

20 Eric Kurlander: Living with Hitler. Liberal Democrats in the Third Reich. New Haven 2009, vgl. den Beitrag von Keywan Klaus Münster in diesem Band.

sie 1947 fast sechs Prozent der Abgeordneten. Bei den Bundestagswahlen von 1949 und 1953 gewann sie im Land jeweils knapp neun Prozent der Zweitstimmen. Im Landtag erreichten die Freien Demokraten in den frühen 1950er Jahren sogar zwölf Prozent der Mandate. In Rheinland-Pfalz schnitten sie zunächst sogar tendenziell noch etwas besser ab. Im südlicheren Bundesland verlief die Entwicklung des politischen Liberalismus jedoch wesentlich weniger spektakulär, und von hier gingen auch weniger Anstöße für die Partei auf Bundesebene aus.

Die FDP etablierte sich in der Bundesrepublik Deutschland schnell als einzige liberale Partei von Bedeutung. Gegenüber der Zeit des Deutschen Reiches, in der es immer mindestens zwei liberale Organisationen gegeben hatte, änderte sich die politische Landschaft damit einschneidend. Für das Rheinland, wo bis 1933 die nationalliberale Richtung deutlich überwogen hatte, war die Zäsur freilich nicht so groß. Nach 1945 war der national geprägte Flügel hier immer noch stark, während der sozialliberal-demokratisch geprägte „entschiedene Liberalismus“ unter den rheinischen Freien Demokraten anfänglich einen schweren Stand hatte.

Auch Friedrich Middelhaue neigte als Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen eher zum nationalen Flügel. Er wollte vor allem konservative Wählerschichten ansprechen und bemühte sich auch um die Integration der Millionen ehemaliger Mitglieder der NSDAP. Seine Politik begünstigte letzten Endes, dass eine Seilschaft alter Nationalsozialisten um den SS-Brigadeführer Werner Naumann, der Joseph Goebbels' rechte Hand gewesen war, die nordrhein-westfälische FDP zu infiltrieren begann. Dem schob die britische Besatzungsmacht jedoch einen Riegel vor, als sie Anfang 1953 die Betroffenen inhaftierte.²¹

Die Partei überlebte diese Krise. Sie konnte sich in der Folgezeit als dritte demokratische Kraft zwischen der Sozialdemokratie und der Neugründung CDU etablieren. Das gelang vor allem deswegen, weil der politische Liberalismus in der Nachkriegsgesellschaft der 1950er Jahre eine bestimmte Nische besetzte. Die deutsche Gesellschaft war mittlerweile weitgehend industrialisiert. Religiöse Gegensätze spielten aber immer noch eine Rolle. Und auch Fragen der Wirtschaftsordnung waren zunächst heftig umstritten. Nach den traumatischen Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise war die Marktwirtschaft unter beträchtlichen Teilen der Bevölkerung auch in Westdeutschland in Verruf geraten. Das von der SPD bis zu ihrem Godesberger Parteitag 1959 zunächst noch vertretene gemeinwirtschaftliche Programm trug dem Rech-

21 Kristian Buchna: Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1945-1953. München 2010; Kristian Buchna: Friedrich Middelhaue (1896-1966), Verleger und FDP-Politiker. In: Portal Rheinische Geschichte (<http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/M/Seiten/FriedrichMiddelhaue.aspx>); und der Beitrag von Buchna in diesem Band.

nung. Während die Sozialdemokraten Gemeinwirtschaft und Trennung von Staat und Kirche propagierten, stellte die CDU die marktwirtschaftliche und an christlichen Werten orientierte Alternative dazu dar. Die FDP zog als „Weltkind in der Mitten“ hingegen jene Wähler an, die säkular dachten, aber eine marktwirtschaftliche Ordnung bevorzugten.

In der Bundespolitik der Bonner Republik kooperierten die Liberalen während der 1950er Jahre eng mit den Christdemokraten. Zu den Befürwortern dieser Zusammenarbeit zählten nicht zuletzt zwei Rheinländer. Der eine, Franz Blücher, war 1896 in Essen geboren und hatte bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs keiner Partei angehört. Es war Blücher, der bei der Gründung der liberalen Partei für die britische Besatzungszone Anfang 1946 den Namen Freie Demokratische Partei vorschlug. 1949 übernahm er den Bundesvorsitz der Partei. Im selben Jahr wurde er Bundesminister und Stellvertreter Adenauers als Bundeskanzler.²²

Der andere, der 1916 geborene Erich Mende, stammte zwar aus Schlesien, ließ sich als Vertriebener dann aber in Bonn nieder. 1947 gelangte er als Repräsentant der Jungdemokraten in den Vorstand der FDP der britischen Zone. 1949 rückte Mende in den Bundesvorstand der Partei auf. Nachdem die Affäre um Werner Naumann den nordrhein-westfälischen Landesverband erschüttert hatte, setzte er sich gegen Friedrich Middelhaues Wunschkandidaten in einer Kampfabstimmung als stellvertretender Landesvorsitzender durch. 1956 schloss Mende sich schließlich einer echten Revolte gegen den Kurs der alten Parteiführung an, die nach wie vor auf enge Kooperation mit der CDU setzte: In Düsseldorf stürzten die Freien Demokraten die von den Christdemokraten geführte Landesregierung und verhalfen zumindest kurzfristig erstmals der SPD zur Macht.

Diese Revolte der sogenannten „Jungtürken“ in der Partei hatte auch taktische Gründe: Es ging nicht zuletzt darum zu verhindern, dass Adenauer seinen Plan einer Wahlrechtsreform im Bund durchsetzen konnte, der in Bonn das Aus für die FDP bedeutet hätte. Der Seitenwechsel in Düsseldorf zeigte allerdings, dass ein frischer Wind durch die Reihen der Freien Demokraten am Rhein wehte. Vorbei waren die Zeiten, als der nordrhein-westfälische Landesverband in der Bundespartei als Rechtsausleger gegolten hatte. Die nationalliberalen Traditionen wurden am Rhein zu den Akten gelegt. Die Uhren begannen nun hier anders zu laufen: Der rheinische Liberalismus entwickelte sich zu einer innerparteilichen und gesellschaftlichen Reformkraft.²³

22 Jürgen Frölich: Franz Blücher (1896-1959), Bundesminister. In: Portal Rheinische Geschichte (<http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/B/Seiten/FranzBl%c3%bccher.aspx>).

23 Gerhard Papke: Unser Ziel ist die unabhängige FDP. Die Liberalen und der Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen 1956. Baden-Baden 1992; ders.: Liberale Ordnungskraft, nationale

Diese Zäsur lässt sich auch an Personen festmachen. Die Vertreter der nationalliberalen Richtung, die unter den rheinischen Liberalen bisher dominiert hatten, nahmen nun ihren Abschied. Friedrich Middelhauve legte 1956 sein Amt als Vorsitzender der nordrhein-westfälischen Landespartei nieder. Mit dem Auslaufen seines Landtagsmandats zwei Jahre später zog er sich aus der aktiven Politik weitgehend zurück. Franz Blücher trat aus Protest gegen den Koalitionswechsel in Düsseldorf sogar ganz aus der FDP aus. 1960 übernahm Erich Mende den Vorsitz der Bundespartei.

An dem „jungtürkischen“ Aufstand in Düsseldorf war auch ein rheinischer Politiker beteiligt gewesen, der in den nächsten zwei Jahrzehnten die Geschichte des Liberalismus am stärksten prägen sollte: Walter Scheel. Der 1919 im heute zu Solingen gehörenden Höhscheid geborene Scheel zählte zu den Gründungsmitgliedern der FDP im Rheinland. Sein Einfluss trug maßgeblich zum erneuten Wandel des Liberalismus seit den späten 1950er Jahren bei. Die liberale Bewegung hörte zunehmend auf, das „Weltkind in der Mitten“ zu sein – eine Verlegenheitswahl für diejenigen, denen die Christdemokraten zu wenig säkular und die Sozialdemokraten zu wenig marktwirtschaftlich orientiert waren. Stattdessen entwickelte sie sich zum Juniorpartner einer ebenfalls erneuerten SPD.

Das kündigte sich 1956 mit der „jungtürkischen“ Revolte in Nordrhein-Westfalen schon an. Es setzte sich 1966 fort, als die FDP in Düsseldorf erneut eine Koalition mit der Sozialdemokratie einging und dieser damit diesmal für wesentlich länger zur Macht verhalf. Das Düsseldorfer Modell wurde dann drei Jahre später auch bundesweit umgesetzt – was Erich Mende nicht mittragen wollte, weshalb er 1968 als Parteivorsitzender auf Bundesebene durch Scheel abgelöst wurde.

Hinter diesen Neuausrichtungen des Liberalismus standen auch immer taktische Motive, stand auch das Interesse der Partei an Selbsterhaltung und Profilierung. Denn die politische Landschaft verwandelte sich in den 1960er Jahren. Alte gesellschaftliche Gegensätze verblassten. Mit der Etablierung der sozialen Marktwirtschaft und dem Einschwenken der SPD darauf im Godesberger Programm 1959 waren die früheren Kontroversen über Markt- oder Gemeinwirtschaft überwunden. Auch religiöse Fragen verloren in den 1960er Jahren zunehmend an Bedeutung.

Neue Fragen tauchten am Horizont auf. Die Bundesrepublik Deutschland wandelte sich von einer Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Nirgendwo wurde das deutlicher als an Rhein und Ruhr, wo bisher ihr industrielles Herz geschlagen hatte. Doch nun trudelten Kohle, Stahl und Textilwirtschaft in eine Krise. Die Zahl industrieller Arbeitsplätze ging zurück. Arbeitslosig-

keit, mit dem Boom des „Wirtschaftswunders“ für überwunden gehalten, wurde erneut zum Problem. Etwa gleichzeitig setzte zwischen den globalen Machtblöcken in Ost und West nach Kuba- und Berlinkrisen eine Entspannung ein. Die Frage nach dem Verhältnis der beiden deutschen Staaten, zwischen denen seit ihrer Gründung 1949 bisher Eiszeit geherrscht hatte, stellte sich damit neu.

Unter Walter Scheels Führung profilierte die FDP sich vor diesem Hintergrund auch als deutschlandpolitische Reformkraft. Scheel war einer der Architekten der neuen Ostpolitik. Bereits als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit unter Adenauer und Erhard trieb er die Annäherung an die Länder östlich des „Eisernen Vorhangs“ voran. Als Außenminister der Bundesrepublik war er seit 1969 führend an den Gesprächen mit der DDR, Polen, der CSSR und der Sowjetunion beteiligt, die schließlich zu den Moskauer, Warschauer und Prager Verträgen, dem Viermächte- und Transitabkommen und dem Grundlagenvertrag mit der DDR führten.

Auch Bildungsreformen trug die FDP während der späten 1960er und in den 1970er Jahren in Bonn und Düsseldorf wesentlich mit beziehungsweise stieß sie an. Das entsprach dem Ziel, die Bundesrepublik wie das Land Nordrhein-Westfalen für die Herausforderungen der entstehenden Dienstleistungsgesellschaft fit zu machen. Gegenüber den sozialpolitischen Initiativen ihres Koalitionspartners SPD zeigten sich die Liberalen dagegen schon bald skeptischer. Angesichts von nachlassender wirtschaftlicher Dynamik und rapide steigenden Arbeitslosenzahlen wurde aus der Skepsis gegen Ende der 1970er Jahre dann zunehmend kritische Distanz.

Anfang der 1980er Jahre trugen rheinische Liberale dann einmal mehr wesentlich dazu bei, dass die FDP erneut einen Kurswechsel vollzog. Treibende Kraft dabei war der 1926 in Aachen geborene Otto Graf Lambsdorff. Beruflich vor allem als Jurist und Manager in Düsseldorf tätig, gehörte er in den 1970er Jahren als Schatzmeister zum Landesvorstand der Liberalen in Nordrhein-Westfalen. 1977 wurde er Bundeswirtschaftsminister. Von diesem Amt trat er 1984 aufgrund von Vorwürfen im Zusammenhang mit einer Parteispendenaffäre zurück, die später zu einer Verurteilung wegen Steuerhinterziehung führten. Zwischen 1988 und 1993 war er Bundesvorsitzender der FDP.

Als Wirtschaftsminister spielte Lambsdorff eine entscheidende Rolle dafür, dass die Liberalen ihre Koalition mit der SPD beendeten. Im September 1982 veröffentlichte er ein „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, das den seit langem schwelenden Konflikt in der sozialliberalen Koalition zum Ausbruch brachte. Wenige Tage später traten die FDP-Minister aus dem Kabinett

von Helmut Schmidt aus, und die FDP-Abgeordneten wählten den Christdemokraten Helmut Kohl zum neuen Bundeskanzler.²⁴

Damit setzte sich in der liberalen Partei Lambsdorffs Politik neoliberaler Reformen durch, die in Zusammenarbeit mit der SPD nicht zu verwirklichen gewesen war. In Nordrhein-Westfalen hatte die sozialliberale Koalition mit der SPD bereits 1980 durch deren Gewinn der absoluten Mehrheit ein Ende gefunden. Im Land wie im Bund setzt die FDP seitdem auf eine Kooperation mit der CDU. Die von Lambsdorff begonnene Politik ist dabei auch von den beiden nächsten Rheinländern im Vorsitz der Bundespartei, Guido Westerwelle und Christian Lindner, fortgesetzt worden. Seit der Gründung der FDP vor über sieben Jahrzehnten ist diese damit während mehr als der Hälfte ihrer Existenz von rheinischen Politikern angeführt worden.

Die liberalen Wahlerfolge waren in diesen mehr als sieben Jahrzehnten ausgesprochen wechselhaft. Anders als in den Jahren vor 1933 folgte die Attraktivität des Liberalismus für Wähler nach dem Zweiten Weltkrieg keinen klar erkennbaren Trends mehr. Der Anteil der FDP an den Zweitstimmen zur Bundestagswahl lag in Nordrhein-Westfalen zwischen fünf und 15 Prozent. Die Resultate bei Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und NRW blieben durchschnittlich leicht darunter.²⁵

Mit der Auflösung traditioneller Milieubindungen haben Stammwählerschaften an Bedeutung verloren. Wahlentscheidungen werden zunehmend von kurzfristigen Stimmungen und taktischen Überlegungen beeinflusst. Er litt die FDP bis in die 1980er Jahre vor allem dann Einbrüche bei Wahlen, wenn sie Bündnispartner wechselte, so verliert sie seit der deutschen Wiedervereinigung insbesondere Stimmen, wenn sie sich in der Regierungsverantwortung befindet. Entsprechend ist in der Partei in letzter Zeit die Neigung gestiegen, Politik aus der Opposition heraus zu machen. Das erschwert allerdings eine weitere Profilierung als konstruktive Reformkraft.

Wie schon während des Deutschen Kaiserreiches und der Weimarer Republik haben die Liberalen im Rheinland auch in der Zeit der alten Bundesrepublik bei Wahlen vergleichsweise schwächer abgeschnitten als im nationalen Durchschnitt. Seit der Wiedervereinigung änderte sich das, weil die FDP in den neuen Bundesländern schwächer dasteht als in den alten. Im letzten Jahrzehnt ist der Prozentsatz der Zweitstimmen, den die Partei bei den Wahlen zum Bundestag gewinnt, in Nordrhein-Westfalen höher als im Bundesdurchschnitt. Zum ersten Mal seit den 1860er Jahren sind Liberale damit in der Region erfolgreicher als in der Nation als Ganzer. 2017 fiel die-

24 Jürgen Frölich: Otto Friedrich Wilhelm von der Wenge Graf Lambsdorff (1926-2009), Manager, liberaler Politiker, Bundesminister. In: Portal Rheinische Geschichte (<http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/L/Seiten/OttoGrafLambsdorff.aspx>).

25

ser Abstand sogar deutlicher als je zuvor aus. Ob sich daraus ein Trend entwickelt, bleibt abzuwarten.

Auch die Mitgliederzahl der Partei ist am Rhein trotz seit langem rückläufiger absoluter Werte relativ höher als im nationalen Durchschnitt. In Nordrhein-Westfalen gibt es gemessen an der Einwohnerzahl überproportional viele Parteimitglieder der FDP. Das ist besonders auffällig gegenüber den relativ niedrigeren Mitgliederzahlen in Baden-Württemberg, das unter den Flächenländern lange eine traditionelle Hochburg des Liberalismus war.²⁶

Damit scheint der politische Liberalismus im Rheinland gut aufgestellt, um zukünftige Herausforderungen zu bewältigen. Bisher ist ihm das immer wieder gelungen. Schon mehrfach totgesagt, hat er sich im Lauf seiner nun 200-jährigen Geschichte doch immer wieder neu zu definieren gewusst – gebildet zunächst als eine von der Aufklärung inspirierte informelle Gruppe vor allem von Juristen, Kaufleuten und Fabrikanten, dann erfolgreich als nationale Volksbewegung, sich wandelnd zu einer bürgerlichen Interessenpartei, und schließlich als gesellschaftliche Reformkraft. Wenn die Geschichte des Liberalismus im Rheinland etwas belegt, dann ist es vor allem seine außerordentliche Wandlungsfähigkeit.

26 Oskar Niedermayer: Parteimitglieder in Deutschland. Berlin 2017.